



## **Dringlicher Antrag**

an den Gemeinderat in der Sitzung vom **17. September 2020**  
eingebracht von *Sabine Reininghaus*

**Betreff:** Aufnahme schutzbedürftiger Kinder aus Moria

Die Zustände in den Lagern für Asylwerber\_innen und Migrant\_innen auf den griechischen Inseln sind als „Schande für Europa“ zu bezeichnen und als solche unvereinbar mit den europäischen Werten.

Im Lager Moria auf Lesbos herrschten derart unmenschliche Bedingungen, sodass beispielsweise für 1.300 Menschen nur 1 Wasserhahn zur Verfügung stand, ohne Seife versteht sich.

Dass es unter solchen Umständen zur Ausbreitung des Coronavirus kommen wird, war vorprogrammiert:

Das Lager Moria ist für 2.800 Menschen konzipiert, wobei zuletzt etwa 12.600 Menschen dort lebten. Ein menschenunwürdiges Dasein, ohne ausreichende Hygiene und medizinische Versorgung. Um eine humanitäre Katastrophe auf dem Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätten die Lager schon längst geräumt werden müssen.

Doch damit nicht genug: Durch die Vernichtung des Lagers Moria in der Nacht auf den 9. September, wurden tausende Menschen, darunter eine Vielzahl von Kindern, auf einen Schlag zu Obdachlosen.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage startete die Europäische Union jetzt ein freiwilliges Programm zur Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Menschen, also unbegleiteter Kinder.

Im Rahmen des EU-Hilfs-Programms sollen die aus den Elendslagern ausgewählten Kinder, in sichere Unterkünfte nahe Athen gebracht werden, wo dann die Kommission deren Ausreise in andere EU-Mitgliedstaaten organisiert und finanziert.

Dieses Programm gewährt Kindern das, was ihnen gebührt: Schutz, Sicherheit, eine adäquate Gesundheitsversorgung, sowie eine positive Perspektive für deren Leben.

Bislang erklärten sich 11 Mitgliedstaaten bereit, insgesamt über 2.000 Kinder und Jugendliche aus den griechischen Lagern aufzunehmen: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Portugal, Slowenien.

Auch Norwegen und Serbien möchten sich am Re-Location-Programm der EU-Kommission beteiligen. Nach Angaben der EU-Kommission wurden bisher gut 640 Menschen durch sieben EU-Länder aufgenommen (Deutschland, Luxemburg, Irland, Portugal, Finnland, Belgien, Frankreich).

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), die Internationale Organisation für Migration (IOM), der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und das Internationale Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) begleiten die Umsetzung des Programms.

Die österreichische Bundesregierung hat sich bislang geweigert, auch nur ein einziges Kind im Rahmen des Programms der EU-Kommission aus Griechenland aufzunehmen.

Unsere Anträge wurden auf Bundesebene abgelehnt. Allerdings hätte allein die Stadt Graz genügend Kapazitäten, um zumindest 17 schutzbedürftige Kinder, das wäre lediglich 1 Kind für jeden Grazer Bezirk, aus den Lagern in Moria aufzunehmen und zu versorgen.

Um in einer Stadt der Menschenrechte auch tatsächlich einen Akt der Menschlichkeit zu zeigen, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

### **dringlichen Antrag**

der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz wird die Bundesregierung auffordern, sich am EU-Programm zu beteiligen, um unschuldigen Kindern Schutz, Sicherheit, ein adäquate Gesundheitsversorgung sowie eine positive Lebensperspektive zu bieten.
- 2.) Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert die Menschenrechtsstadt Graz als Aufnahmeort von schutzbedürftigen Kindern aus Moria anzubieten und die Kapazitäten für die Aufnahme von 17 Kindern zu prüfen.